

## POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

### ÜBERSICHT

- **Welle des Nationalismus in der Türkei**
- **Türkische Parteienlandschaft in Bewegung**
- **1. Ordentlicher Delegiertenkongress der AKP-Jugend**
- **Info-Mail**

### **Welle des Nationalismus in der Türkei**

Das verstärkte Aufflammen nationalistischer Gefühle ist in diesen Tagen vielerorts in der Türkei zu beobachten. Viele politische Beobachter, die schon länger von einem „Rechtsruck“ eines Teils der türkischen Gesellschaft ausgehen, fühlen sich nun durch die aktuellen Ereignisse bestätigt.

Auslöser waren vor Monatsfrist mehrere Jugendliche, die während der Feierlichkeiten zum kurdischen Neujahrsfest in der Stadt Mersin am östlichen Mittelmeer versuchten, eine türkische Flagge zu verbrennen. Obwohl sie von Sicherheitskräften daran gehindert wurden, ging ein Aufschrei der Entrüstung durch das ganze Land. „*Hände, die sich an der türkischen Fahne vergreifen, sollen brechen*“, war einer der landesweit zu vernehmenden Parolen. Seitdem schmücken im ganzen Land türkische Flaggen die Geschäfte und Häuser.

Als nächstes erließ der Landrat der Kleinstadt Sütçüler in der Nähe der Provinzhauptstadt Isparta eine Anweisung an die Bibliotheken seines Amtsbezirks, alle Bücher des bekannten türkischen Schriftstellers Orhan Pamuk zu vernichten, weil dieser sich zuvor in europäischen Zeitungen über die Armenierfrage in einer Art und Weise geäußert habe, die nicht nur in nationalistischen Kreisen in der Türkei auf Ablehnung und Unverständnis stieß. Das Innenministerium hat das Treiben in der Zwischenzeit beendet und einen Beamten zur Untersuchung des Vorfalls entsandt.

Von zwei weiteren Vorfällen wurde aus der Stadt Trabzon am Schwarzen Meer berichtet. Vertreter des „Vereins der Familien und Angehörigen von Häftlingen“ verteilten in der Öffentlichkeit ihre Flugblätter und entgingen nur knapp der Lynchjustiz der aufgebrauchten Menge. Anhänger der PKK wollten eine kurdische Fahne in der Innenstadt von Trabzon hissen, so lautete das Gerücht, das den Demonstranten fast zum Verhängnis geworden wäre. Eine Woche später wurden Vertreter der gleichen Organisation bei einer Demonstration ein weiteres Mal vom Mob verprügelt. Mittlerweile wird auch aus Sivas und Sakarya von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Studenten des linken und rechten politischen Spektrums berichtet.

Vor diesem Hintergrund sind auch die für den türkischen Büchermarkt ungewöhnlich hohen Verkaufszahlen einiger fragwürdiger Publikationen interessant. Neben Hitlers „Mein Kampf“ wird in allen Bestsellerlisten in der Türkei ein türkischer Roman zweier junger Autoren mit dem Titel „Stahlgewitter“ ganz oben geführt. In diesem Science-Fiction-Roman kommt es zum Krieg zwischen den USA und der Türkei. Ausgangspunkt ist dabei der Nordirak. Der Roman spielt im Jahr 2007 und ist mit vielen aktuellen Entwicklungen angereichert. Das Buch erschien erstmalig im Dezember 2004 in einer Auflage von 50.000 Stück. Mittlerweile ist der 7. Nachdruck in einer Gesamtauflage von 400.000 Stück auf dem Markt. Der Preis dafür liegt mit sechs Neuen Türkischen Lira (ca. 3,5 Euro) unter dem normalen Preisniveau. Hitlers „Mein Kampf“ wird von insgesamt 13 Verlagen angeboten und ist bereits für nur fünf NTL zu kaufen. Die Frage, wer das Buch subventioniert, konnte bisher noch nicht beantwortet werden.

Für diese Besorgnis erregende Entwicklungen geben Experten und Beobachter unterschiedliche Gründe an. Einig sind sich dabei die meisten darüber, dass obwohl ein Großteil der türkischen Bevölkerung die EU-Politik der Regierung mit trägt, so sind doch die Menschen von dem Tempo und Umfang der Veränderungen anscheinend überfordert. Die Zypern und die Irak-Problematik sowie die Armenierfrage sprechen darüber hinaus sehr stark die weit verbreitenden und tief greifenden nationalen Gefühle der Menschen an.

Der Ausbruch der Gewalt hat sicherlich auch wirtschaftliche und soziale Gründe. Seit den Wirtschaftskrisen aus dem Jahr 2001 orientiert sich die staatliche Ausgabenpolitik an der Konsolidierung des Staatshaushalts und am Schuldendienst. Die Wirtschaftsverbände präsentieren zwar fast täglich neue Rekorde, u.a. ist das BSP pro Kopf auf einem historischen Hoch, doch an vielen Menschen geht der wirtschaftliche Aufschwung vorbei. So dürfte die offizielle Arbeitslosenrate von rund 10% wohl noch höher liegen.

Wissenschaftler sehen im Aufkeimen des türkischen Nationalismus auch die Gefahr, dass dadurch kurdische Fanatiker aufgestachelt werden könnten. Beide Nationalismen, erklärte der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Süleyman Seyfi Öğün von der Uludağ Universität in Bursa, würden sich bedingen. Die Kurden in der Türkei stellten heute, so Prof. Öğün, keine Forderungen nach mehr Demokratie, sondern sie strebten nach Anerkennung der kurdischen Identität. Würde diese aber anerkannt, dann müsse auch über die Ehrenmorde gesprochen werden, weil diese Teil der kurdischen Identität seien.

Die türkische Politik äußerte sich bisher eher verhalten zu diesen Vorgängen. Die Regierungspartei AKP befinde sich in einem Dilemma, so die Sozialwissenschaftlerin

Ayşe Kadioğlu von der Sabancı Universität. Je weiter sie die Demokratisierung des Landes vorantreibt, desto schwieriger gestaltet sich ihre Legitimierung. Wenn sie auf den EU-Zug aufspringt, gefährdet sie ihre eigene Existenz. Die AKP sei als islamische Partei angetreten, habe aber durch ihre EU-Vision große Teile des türkischen Bürgertums auf ihre Seite ziehen können. Die AKP müsse sich nun für eine Richtung entscheiden. Sollte sie sich stärker nationalistisch orientieren, werde sie verlieren, da eine nationalistische Gesinnung von Parteien wie der MHP und DYP besser bedient werden könne.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Ereignisse sich nicht noch mehr ausweiten. Der 90. Jahrestag des sog. Völkermords an den Armeniern steht noch bevor. Am 1. Mai gibt es darüber hinaus Arbeiterkundgebungen im ganzen Land, die auch für Provokateure immer eine gute Möglichkeit darstellen.

## Türkische Parteienlandschaft in Bewegung

Die türkische Parteienlandschaft war in der Vergangenheit von Instabilität und kurzfristigen Stimmungsschwankungen gekennzeichnet. Schon immer gab es während den Legislaturperioden Parteiaustritte, Abspaltungen und Parteineugründungen. Insofern sind die neusten Entwicklungen in der türkischen Parteienlandschaft als normal zu bezeichnen, zumal sich an der Machtverteilung de facto nichts geändert hat.

Trotzdem glauben viele politische Beobachter, dass die Türkei an einem innenpolitischen Scheideweg angekommen sei. Es zeige sich immer mehr, dass die AKP sich letztendlich wie jede andere türkische Partei verhalte. Die Überzeugung, dass es mit dem Eintritt der neu gegründeten AKP in die türkische Politik zu einem Paradigmenwechsel hin zu einer neuen politischen Kultur gekommen sei, stelle sich immer mehr als Täuschung heraus.

Die Bewegungen im türkischen Parteiengefüge verstehen viele politische Kommentatoren auch als Positionskämpfe für die nächsten Parlamentswahlen. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan weist in diesem Zusammenhang aber Spekulationen über vorgezogene Neuwahlen vehement zurück. Er wolle den Wählerauftrag bis Ende 2007 erfüllen.

Die letzte Parlamentswahl am 03. November 2002 ergab folgende Sitzverteilung in der Großen Türkischen Nationalversammlung: **AKP 365, CHP 177 und acht Unabhängige**. Stand der Sitzverteilung vom 19. April 2005: **AKP 357, CHP 162, ANAP 10, DYP 7, Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) 5, Partei der Erhöhung des Volkes ein Sitz und sieben Unabhängige**.

Die Oppositionspartei CHP ist verstärkt seit den Lokalwahlen vom März 2004 mit innerparteilichen Streitigkeiten und Parteiaustritten beschäftigt. Politische Beobachter führen dies in erster Linie auf den eigensinnigen und autoritären Führungsstil des Parteivorsitzenden Deniz Baykal zurück. Wie zuletzt, als 18 Vorsitzende regionaler und lokaler Parteiorganisationen aus der CHP ausgeschlossen wurden, bleibt dies nicht ohne Folgen. Auch programmatisch hat die Partei kaum politische Alternativen zur AKP anzubieten. Politische Beobachter rechnen damit, dass bis zu 20 weiteren Parlamentariern die CHP noch verlassen könnten.

Die regierende AKP blieb bis zum Jahresbeginn von Parteiaustritten verschont. Erst vor vier Wochen verlies der damalige Tourismusministers Erkan Mumcu die Partei. Mittlerweile folgten ihm weitere neun Abgeordnete und die meisten davon sind wie er der Mutterlandspartei (ANAP) beigetreten. Die AKP-Parteiführung rechnet noch mit einigen wenigen Austritten. Die Dreifünftelmehrheit für Verfassungsänderungen und damit eine starke Position bleibt der AKP aber weiter erhalten.

Die Mutterlandspartei (ANAP) ist seit dem Wiedereintritt von Erkan Mumcu seit zweieinhalb Jahren wieder im türkischen Parlament vertreten. Mumcu ist Anfang April 2005 als neuer Parteivorsitzender der ANAP gewählt worden und führt diese mit mittlerweile 10 Abgeordneten im türkischen Parlament an. Eine weitere konservative Partei, die Partei des Rechten Weges (DYP), stellt unter ihrem Parteivorsitzenden Mehmet Ağar mittlerweile sieben Abgeordnete.

Neu im Parlament vertreten ist die „Sozialdemokratische Volkspartei (SHP)“ des ehemaligen Ministerpräsidenten Murat Karayalçın, die durch Übertritte aus der CHP nun fünf Parlamentsmandate vorweisen kann. Dies ist eine richtungweisende Entwicklung, da es auf dem linken Flügel bisher im türkischen Parlament zur CHP keine Alternative gab. Für viele CHP-Abgeordnete, die mit dem Kurs ihrer Partei nicht einverstanden sind, hat sich mit dem Parlamentseintritt der SHP sicherlich eine neue interessante Option aufgetan. Karayalçın selbst glaubt, dass seine Partei bald Fraktionsstärke erreichen und damit drittstärkste Kraft im türkischen Parlament sein werde. Um Fraktionsstärke zu erreichen muss eine Partei mindestens 20 Mandate vorweisen können.

Die ANAP und auch die SHP hoffen nun, in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung zu kommen. Bislang hatte jede Partei mit mindestens drei Parlamentsmandaten Anspruch darauf. Aber auch Parteien, die bei den Wahlen mehr als 7% der Stimmen auf sich vereinigen konnten, erhielten bisher staatliche Zuschüsse. Die AKP hat nun gemeinsam mit der CHP überraschend einen Gesetzesvorschlag der CHP zur Änderung der Parteienfinanzierung aus dem Jahre 2003 im Parlament verabschiedet. Demnach sollen nur noch Parteien diese Zuwendungen erhalten, die bei Wahlen mindestens 7% der Stimmen auf sich vereinigen konnten, d.h. der Übertritt von Abgeordneten führt damit nicht mehr automatisch zum Erhalt staatlicher Zuschüsse.

Die Gesetzesänderung ist noch nicht im türkischen Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Parteien wie die ANAP und die SHP sollen dann für den Zeitraum von ihrem Eintritt ins Parlament bis zum Inkrafttreten der Novelle einen Tagessatz an staatlicher Parteienfinanzierung erhalten. Die ANAP wird dann nur noch ca. 50.000 Euro anstatt mehrerer Millionen Euro erhalten.

Dieses Vorgehen der beiden großen Parteien stieß aber auch auf Widerspruch. Justizminister und Regierungssprecher Cemil Çiçek hat daraufhin die CHP aufgefordert, gemeinsam eine Novelle der Wahl- und Parteiengesetze noch in diesem Jahr anzugehen. Seiner Ansicht nach sei eine Reform notwendig und dies sollte in einer Zeit umgesetzt werden, in der keine Wahlen anstünden. Eine solche Reform müsse auch Regelungen zur Stimmabgabe der Auslandstürken und eine Neuordnung der Parteienfinanzierung beinhalten.

Fraglich bleibt jedoch, ob auch Gruppierungen wie die „Partei der Glückseligkeit (SP)“ durch die jüngsten Entwicklungen profitieren könnten. Da eine große Gruppe in der

AKP den Traditionalisten der Milli-Görüş-Linie nahe steht, haben die Hoffnungen der SP durchaus eine Berechtigung. Zumal die AKP-Regierung die Erwartungen dieser Wählerschicht bisher nicht erfüllt hat (Kopftuchproblem und die Predigerschulen). Nach der Aussage politischer Kommentatoren verhält sich dieser Flügel noch ruhig, weil einer ihrer wichtigsten Vertreter Bülent Arınç als Parlamentspräsident gebunden zu sein scheint.

## **1. Ordentlicher Delegiertenkongress der AKP-Jugend**

Seit wenigen Jahren haben zwar viele türkische Parteien eine Jugendorganisation, die aber in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen werden. Der Parteivorsitzende Erdoğan hatte persönlich den Aufbau einer Jugendorganisation gefördert. Die AKP konnte in den letzten zwei Jahren dann auch in der Tat eine mitgliederstarke Interessenvertretung der jüngeren Parteimitglieder aufbauen. Am 10. April 2005 wurde der 1. Ordentliche Delegiertenkongress der AKP-Jugend durchgeführt.

Eine Sporthalle, in der auch der erste AKP-Parteikongress stattfand, wurde wiederum als Ort des Geschehens ausgewählt. Der Saal war mit mehreren tausend – oftmals frenetisch jubelnden - Jugendlichen aus allen 81 Provinzen der Türkei voll besetzt. Neben Ministerpräsident Erdoğan waren auch mehrere Minister und Abgeordnete der AKP, die Oberbürgermeister von Istanbul und Ankara, sowie etliche Vertreter europäischer Jugendorganisationen von unterschiedlichen Parteien der Einladung gefolgt. Vertreter der deutschen Jusos nahmen an der Veranstaltung teil, die Junge Union war nicht vertreten. Die AKP kooperiert augenscheinlich mit sehr fähigen Image- und Öffentlichkeitsberatern, da Ablauf und Aufmachung der AKP-Parteiveranstaltungen im Vergleich zu denen anderen Parteien sehr professionell wirken.

Einen großen Eklat gab es aber bei der Wahl zum Vorsitzenden der AKP-Jugend. Die Partei hatte nur einen Kandidaten für die Wahl nominiert. Kurz vor der Wahl meldete sich aber plötzlich ein zweiter Kandidat mit einer eigenen Liste. Dies wurde jedoch von dem Parteivorsitzenden Erdoğan wohl nicht unterstützt und kurz vor der Wahl zog dann der Gegenspieler seine Kandidatur zurück. Augenzeugen berichteten, dass dieses Vorgehen von einigen Teilnehmern lautstark kritisiert wurde. Diese Gruppe soll dann aber „elegant“ aus dem Saal gedrängt worden sein. Der Kandidat der Parteiführung wurde dann von einer deutlichen Mehrheit gewählt.

### **Info-Mail**

Durch Beschluss des türkischen Kabinetts hat die Großstadt Istanbul weit reichende Kompetenzen bei der Enteignung von privaten Immobilien übertragen bekommen. Von 1,3 Mio. Gebäuden in Istanbul, sollen nur 500.000 gemäß den Bauvorschriften gebaut worden sein. Da die Region um Istanbul in mitten einer aktiven Erdbebenzone liegt und zudem die sog. Gecekondus (Über Nacht erbaute Häuser) das Stadtbild verunstalten, erhofft sich die Großstadtverwaltung damit ganze Stadtteile in kleinen Tälern und an Flüssen ganz von Gebäuden befreien zu können. Bisher konnten nur durch Gerichtsbeschluss Gebäude enteignet und abgerissen werden. Nach Aussagen des zuständigen Baudirektors der Istanbuler Stadtverwaltung plane er 90.000 Gebäude zu enteignen und abzureißen. +++ Die türkische Stiftung für ökonomische und soziale Studien (TESEV) hat gemeinsam mit dem armenischen Center of Sociological and Marketing Research (HA-

SA) eine Umfrage unter türkischen und armenischen Staatsbürgern durchgeführt. Die Befragung der 1.219 Türken und der 1.000 Armenier hat interessante Ergebnisse erbracht. Demnach lehnten 94,1% der befragten Armenier eine Heirat ihrer Tochter mit einem Türken kategorisch ab. Bei den Türken würden 68,1% die Heirat mit einem Armenier ablehnen. 66,9% der Armenier würden sich nicht von einem türkischen Arzt behandeln lassen wollen, während nur 22,9% der befragten Türken einen armenischen Arzt ablehnten. Demgegenüber wünschen sich 87,7% der befragten Armenier und 64,6% der befragten Türken die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. +++ Ein Bericht des Obersten Rechnungshofes nimmt Stellung zur Verschwendung im staatlichen Gesundheitssystem. Demnach gebe es keine ausreichende Koordination zwischen den beiden Generaldirektoraten für Personalentsendung und für therapeutische Dienstleistungen des türkischen Gesundheitsministeriums. Während es in einigen Krankenhäusern an Personal und Ärzten mangle, hätten andere Krankenhäuser zu viel Personal. Für das staatliche Krankenhaus in Osmaniye, Heimatstadt des ehemaligen Stellv. Ministerpräsidenten und Vorsitzender der Nationalen Bewegungspartei (MHP) Devlet Bahçeli, sieht die Standardausstattung 15 Röntgentechniker, 13 Labortechniker und 14 Hebammen vor. Tatsächlich versehen aber in diesem 250-Betten Krankenhaus 25 Röntgentechniker, 40 Labortechniker und 62 Hebammen ihren Dienst. +++ Das staatliche Statistikamt hat neue Zahlen zur Beschäftigung in der Türkei vorgelegt. Demnach sei die Arbeitslosigkeit im Jahr 2004 zwar um 0,2 Prozentpunkte auf 10,3% gesunken, gleichzeitig habe die Flucht in die Schwarzarbeit weiter zugenommen. Seit dem Jahr 2000 sei die Produktivität um 26,5% gestiegen, jedoch seien die Reallöhne als eine Auswirkung der schweren Wirtschaftskrisen seit dem gleichen Jahr um 24,3% gesunken. +++ Nach Angaben des staatlichen Statistikamtes hat das türkische BSP im Jahr 2004 die Rekordhöhe von 300 Mrd. US-Dollar erreicht. Die Pro-Kopf-Kaufkraftparität liegt mit 7.736 US-Dollar ebenfalls auf einem historischen Hoch, wobei hier der Kurseinbruch des Dollars entscheidenden Einfluss ausübt. +++ Staatliche Universitäten in der Türkei beklagen die „Flucht“ ihres wissenschaftlichen Personals zu den privaten Stiftungsuniversitäten. Seit 1980 sollen 5.650 Akademiker eine neue Anstellung im privaten Hochschulbereich gefunden haben. Hauptgrund dieser Entwicklung sind die niedrigen Gehälter. Während ein Professor an einer staatlichen Universität pro Unterrichtsstunde im Schnitt 9 YTL (ca. 5 Euro) verdient, kann der Verdienst für den gleichen Aufwand an einer Privatuniversität das Siebenfache betragen. +++ Der Türkische Rat für Sprache (Türk Dil Kurumu) ist der oberste Hüter der türkischen Sprache. Er ist die offizielle Referenzinstitution aller türkischen Linguisten und gibt den „türkischen Duden“ heraus. Der Rat ist u.a. damit beschäftigt für entlehnte Wörter aus anderen Sprachen türkische Pendant zu finden und hat dafür eigens eine Webseite eingerichtet. Der Rat hatte vor Jahrzehnten erfolgreich die Übernahme des Wortes „Computer“ ins Türkische verhindert und dafür das Wort Bilgisayar (Maschine, die Wissen zählt oder verarbeitet) eingeführt. Nun haben die obersten Sprachhüter entschieden, auch den „Tiefen Staat“ (Derin Devlet) in den offiziellen türkischen Sprachschatz aufzunehmen. Die Bedeutungserklärung dafür: *„Eine verborgene Macht, die im Geheimen agierend vorgibt, die Interessen des Staates zu berücksichtigen und zu verfolgen“*. +++

Ankara, den 20. April 2005

Frank Spengler/ Dirk Tröndle